



Fédération des Magistrats,
des Enseignants et du Personnel
de l'Etat du Valais

Zentralverband der Magistraten,
der Lehrerschaft und des Personals
des Staates Wallis

GROSSER RAT

INFORMATION

KONTAKT

027 323 40 43
stephane.pont@fmep.ch
www.fmep.ch



ZUSAMMENFASSUNG DER JUNISSESSION 2025

Katastrophe von Blatten im Oberwallis

Am Montag, den 9. Juni 2025, empfing das Parlament zur Sitzungseröffnung den Gemeindepräsidenten von Blatten, der vor allen anwesenden Abgeordneten das Wort ergriff. Das Parlament bekräftigte erneut seine Unterstützung für die Einwohner von Blatten und kündigte gleichzeitig verschiedene kurz-, mittel- und langfristige Aktionen in Höhe von 10 Millionen Franken aus dem Fonds der „Loterie Romande“ an.

Walliser Staatsrechnung 2024

Der Schwerpunkt dieser Junisession liegt auf dem Eintreten, den Debatten und der Annahme der Rechnung 2024 des Staates Wallis sowie des FIGI-Fonds.

Der Grosse Rat des Kantons Wallis hat am Freitag, den 13. Juni, die Walliser Staatsrechnung für das Jahr 2024 einstimmig angenommen. Die Rechnung weist einen Gewinn vor Abschreibungen von 228,1 Millionen Franken aus. Dieses Ergebnis ist auf die stark gestiegenen Steuereinnahmen zurückzuführen. Trotz eines Mehraufwands von 141,6 Millionen Franken brutto aufgrund der Unwetter im Juni und Juli 2024 und 11 Millionen Franken an ausserordentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Asylwesen, konnte die Rechnung des Staates Wallis trotz der Umsetzung der ersten Etappe der Steuerreform mit einem Anstieg der Steuereinnahmen von 179,5 Millionen Franken brutto rechnen.

Beim Eintreten auf die Rechnung 2024 des Staates Wallis und des FIGI-Fonds am ersten Sitzungstag stimmten die Fraktionen zu, die Debatte über die Finanzlage des Staates Wallis zu eröffnen. Zusammenfassend wurden folgende Punkte besprochen:

- *Abweichung zwischen Budget und Rechnung*
- *Doppelte Kosten für Ausgaben und Verschuldung*
- *Personalmangel*
- *Erhöhung der VZÄ bei der Justiz und dem FIGI-Fonds*
- *Reform und Steuereinnahmen*

An den anderen Sessionstagen wurde die Rechnung für das Jahr 2024 nach Departementen durchgesprochen. Bei der Behandlung der Rechnung des Finanz- und Energiedepartementes (DFE) kritisierte der Grosse Rat die Differenz zwischen Budget und Rechnung in Höhe von 179,5 Millionen.

Am letzten Sessionstag wurden schliesslich verschiedene Stellungnahmen eingereicht, insbesondere zu folgenden Themen:

Unwetter, Steuerreform, Finanzlage der Spitäler, strengere Kontrollen im DSSC, künftig strengere Budgetverwaltung, Raumplanung, Projekt Rhone 3, das sich im Leerlauf befindet, Strassenunterhalt, Schutz vor Naturgefahren, Holzenergiestrategie, bessere Verwaltung des FIGI-

Fonds, Kampf gegen häusliche Gewalt, Stärkung der KESB, Humanressourcen usw.

Erziehung und Bildung

Inklusive Schule: Stand der Dinge im Wallis

Im Jahr 2023 machten Kinder mit besonderen Bedürfnissen und Behinderungen 1 bis 1,5 % der Fälle aus. Berücksichtigt man Kinder mit Legasthenie, Dyskalkulie oder einem anderen besonderen Problem, das sehr gringfügig sein kann, sind es 20 %.

An der von der SSP (Gewerkschaft der öffentlichen Dienste) und der SER (Gewerkschaft der Westschweizer Lehrkräfte) in der Romandie initiierten Umfrage nahmen zudem beinahe 2500 Lehrpersonen teil. Die Ergebnisse wurden Anfang 2024 veröffentlicht und bestätigen, dass die Unterstützung für eine auf Inklusion ausgerichtete Schule nachgelassen hat. Die Umfrage lässt mehrere Ursachen erkennen, die den Widerstand und die Resignation der Lehrerschaft erklären.

- Die Gewährung individueller Massnahmen für einzelne Schüler/-innen anstelle von Massnahmen, die der gesamten Klasse zugewiesen werden, wird als individualistisches Paradigma bezeichnet. Mehr als 55% der Lehrkräfte halten individuell angebotene Massnahmen für unwirksam und 85 % würden kollektive Massnahmen bevorzugen.
- Mangel an Sonderpädagogen und Integrationsassistenten (92 %).
- Zu grosse Klassenstärken (93 %).
- Starke Zunahme der Arbeitsbelastung (98 %).

Angesichts dieser Erkenntnisse stellt sich die Frage, ob das derzeitige System noch wirksam ist und wie es verbessert werden kann. Die grösste und fast unlösbare Herausforderung für alle Strukturen – ob integrativ oder nicht – bleibt der Umgang mit sehr schwierigen Verhaltensweisen. Es wurden Kontaktpersonen eingestellt, die Schüler und Lehrpersonen in solchen Situationen unterstützen.

Da diese Thematik für eine Minderheit von Schülern, die Gewalt gegen sich selbst, Gleichaltrige oder Lehrpersonen ausüben, noch nicht zufriedenstellend geregelt ist, sind weitere Pilotprojekte im Gange. Die Stärke des für Bildung zuständigen Departements besteht darin, dass es das System ständig modernisiert und es in einem nachhaltigen, progressiven und kohärenten Ansatz kontinuierlich anpasst.

Derzeit finden Abklärungen im Hinblick auf die mögliche Eröffnung einer neuen Institution statt. Das pragmatische und nicht dogmatische Walliser Modell, das auf einer fallweisen Analyse komplexer Situationen oder Zusammenhänge beruht, ermöglicht es, eine Antwort zu geben, die der Diversität der Schüler/-innen bestmöglich gerecht wird. Diese Antwort ist menschlich, rechtlich, wirtschaftlich und nachhaltig wirksam.

Schaffung eines kantonalen Generalabonnementes für Personen unter 25 Jahren als Ersatz für den Rail-Check.

Das System «Rail-Check» existiert in unserem Kanton bereits seit sehr langer Zeit. Aufgrund von Änderungen im Laufe der Jahre ist es sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene zu einem

zeitraubenden und personalintensiven System geworden. Die Rail-Checks sind veraltet und entsprechen nicht mehr den Mobilitätsbedürfnissen der Studierenden.

Aufgrund seiner geografischen Besonderheiten und der zahlreichen Reisen im Zusammenhang mit Bildung, Freizeit und Arbeit muss der Kanton Wallis eine nachhaltige und zugängliche Mobilität fördern.

Das Parlament fordert den Staatsrat deshalb auf, in Zusammenarbeit mit dem Kanton, den Gemeinden, den Eltern und den öffentlichen Verkehrsmitteln, die Einführung eines kantonalen Generalabonnementes für Jugendliche bis 25 Jahre zu einem reduzierten Tarif als Ersatz für die Rail-Checks zu prüfen.

Zusammengefasst

Steuerabzüge für die bei Zöliakie und Diabetes anfallenden Kosten

In einem Postulat fordert das Parlament, den Pauschalabzug von CHF 2500.- für Personen, die an Zöliakie oder Diabetes leiden, als Krankheitskosten in der jährlichen Steuererklärung wieder einzuführen.

Finanzierung der sozialpädagogischen Familienbegleitung

Die sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) wird im Bereich des Kinderschutzes empfohlen. Sie zielt darauf ab, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, ihren Verbleib in der Familie zu sichern und eine Fremdplatzierung zu vermeiden.

Die SPF ist eine wirksame Lösung, zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung einer bereits angespannten Familiensituation. Sie ist die wichtigste ambulante Grundleistung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Inanspruchnahme einer SPF stellt häufig den letzten Versuch zur Vermeidung einer teilweisen oder vollständigen stationären Unterbringung dar.

Mit dem vorliegenden Postulat fordert das Parlament den Staatsrat auf, folgende Massnahmen zu ergreifen:

Verbesserung der aktuellen Rahmenbedingungen zur Förderung von Massnahmen, mit denen die sozialpädagogische Betreuung zugunsten von Familien unterstützt werden kann;

Entkopplung des Elternbeitrags von einem Sozialhilfebudget, falls eine SPF in Anspruch genommen wird; zumindest sollten hier die Ansätze und Selbstbehalte der AHV/IV-Ergänzungsleistungen angewendet werden;

Festlegung des maximalen monatlichen Betrages, den die Eltern im Falle der Inanspruchnahme einer SPF leisten müssen. Laut der HSLU-Studie sollte dieser Betrag nicht mehr als CHF 200.- pro Monat betragen.

Prävention und Bekämpfung von Überschuldung. Was kann der Kanton Wallis in diesem Bereich mehr erreichen?

Überschuldung ist ein oft unterschätztes soziales Problem.

In der Schweiz wird von fast einem Viertel der Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mehr Geld ausgegeben, als sie sich leisten können. Ausserdem sind 80% der Menschen, die Schulden haben, zum ersten Mal vor ihrem 25. Geburtstag verschuldet. (Statistiken aus der Konferenz bei den Oltnen Verschuldungstagen 2022).

Um die Überschuldung wirksam und koordiniert zu bekämpfen, fordert das Parlament den Staat zur Einführung einer echten Sensibilisierungs- und Präventionspolitik auf. Dabei geht es insbesondere um die Schaffung eines Früherkennungssystems auf der Grundlage einer genauen Analyse der Situation im Kanton. Zu diesem Zweck wird beantragt, dass das Wallis wie die Kantone Neuenburg und Genf ein Gesetz über die Prävention und Bekämpfung der Überschuldung ausarbeitet.

Sitten, den 16.06.2025

Stéphane Pont - Generalsekretär